

3. Digitalministerkonferenz

12. und 13.05.2025 in Ingelheim am Rhein

TOP 6.11

Beschluss

Rheinland-Pfalz

Auswirkungen von KI auf Demokratie und Meinungsbildung

Künstliche Intelligenz (KI) hat den Alltag der Bürgerinnen und Bürger längst erreicht, zum Beispiel durch die Nutzung von Chat-Bots oder sprachbasierter KI-Modelle. KI verändert grundlegend die Art wie wir lernen, arbeiten und Informationen verarbeiten. Vor allem im Bereich von Social Media, der einen grundlegenden Einfluss auf die Bevölkerung hat, stellt der Einsatz von KI für Demokratie und Meinungsbildung eine große Herausforderung dar. Generative KI ermöglicht sogenannte Deep Fakes, bei denen multimediale Inhalte wie Videos oder Tonaufnahmen erzeugt oder tiefgreifend verändert werden.

Damit erhalten vorrangig strategisch agierende Akteure die Möglichkeit, auch komplexe Medienarten schnell und täuschend echt zu verändern. Auf diese Weise haben sie Zugang und besonders großen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und damit den öffentlichen Diskurs. Die Manipulation solcher immersiver Medienformate sind deswegen subtil und tiefgreifend zugleich. Nicht nur die Qualität manipulativer Eingriffe steigt, sondern auch die Möglichkeiten, sich mit einem medialen Kontext zu verbinden, der ohnehin anfällig für Desinformation und Emotionalisierung ist. Eine Überprüfung solcher Inhalte wird regelmäßig außerordentlich schwerfallen. Die Dynamik sozialer Medien und die Gruppenkommunikation in Messenger-Diensten mit ihren vielfältigen Adressa-

ten und dem damit verbundenen hohen emotionalen Erregungslevel macht es schwierig, Desinformationen zu entdecken. Vor allem strategisch agierende Akteure können daher von generativer KI profitieren und die entstehenden Potenziale ausnutzen, um etwa Radikalisierungsprozesse zu vertiefen.

1. Die DMK stellt fest, dass mit zunehmender Digitalisierung und technischer Weiterentwicklung von KI auch die Herausforderungen für Demokratie und Meinungsbildung größer werden. Wenn die Chancen von KI sinnvoll genutzt und dabei gleichzeitig ihre Risiken minimiert werden sollen, ist ein grundlegendes Verständnis von Künstlicher Intelligenz unerlässlich.
2. Die DMK fordert den Bund auf, ein umfassendes Konzept für Maßnahmen zur Förderung von Digital-, Medien- und KI-Kompetenz in Abstimmung mit den Bundesländern bereitzustellen.
3. Die DMK fordert den Bund auf, die Mittel zu Schulungszwecken der Bürgerinnen und Bürger für die Bundeszentrale für politische Bildung zu erhöhen. Zielsetzung sollte dabei sein, insbesondere Verstößen und Falschinformationen entgegenzutreten, indem ein Bildungs- und Leseangebot für alle Altersgruppen geschaffen wird, das aufklärend und sinnesschärfend insbesondere mit Blick auf demokratiefeindliche Inhalte wirkt.
4. Die DMK bittet den Bund, anpassungswürdige gesetzliche Regelungen in Bezug auf KI zu identifizieren und erforderlichenfalls einen entsprechenden Maßnahmenplan zu erarbeiten.
5. Die DMK bittet den Bund, den Bedarf für eine Modernisierung und Anpassung der Datenschutzgrundverordnung auf EU-Ebene zu identifizieren.
6. Die DMK bittet den Bund, aufbauend auf den bereits bestehenden Initiativen ein Konzept für eine Zertifizierung für vertrauensvolle KI zu erstellen und die Länder dabei zu beteiligen.